

25. Jahrgang, Ausgabe 3 Dezember 2019

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: www.eak-sachsenanhalt.de

Weih – Nachten

Aus dieser Ausgabe:

Weih – Nachten	1-2
Wechsel im Bischofsamt	3
Juden und Christen	4-6
Religionspolitik	6-7
Staatsleistungen an die Kirchen	8
Ist ein sofortiger Kohleausstieg bei gleichzeitigem Kernenergie-Verzicht ohne Alternative?	9-11
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Klimaschutz	12
Der EAK auf den Spuren von Ottos Vater	12-13
Kirchenmitgliedschaft	14
Reisetipp Israel	15
Literaturtipps	16

„Ist doch die Elbe immer noch dieselbe? Fragt sich der Dom und wundert sich...“ So singen die kleinen Kinder in Magdeburg voller Begeisterung. Aber: Sie ist nicht mehr dieselbe. Den ganzen heißen Sommer lang konnte kaum ein Schiff auf ihr fahren. Und der Felsen unterhalb des Magdeburger Domes ist das zweite Jahr in Folge Monat um Monat in seiner ganzen Größe zu sehen. In früheren Zeiten kündete das von großer Hungersnot. „Hungerfelsen“ hieß er dann. Für uns ist das heute kein Problem mehr: Unsere Nahrung kommt eh aus aller Welt – und damit wir

alle Tage frische Erdbeeren haben, werden sie notfalls sogar eingeflogen... Während die kleinen Kinder noch das fröhliche Elbelied singen, sehen die großen Kinder in dem allen ein ganz anderes Problem und reagieren so: Schulstreik fürs Klima!

Lächerlich, sagen wir Erwachsenen. Dabei sollten wir uns fragen, was lächerlicher ist: Ein etwas bewussteres Leben oder Erdbeeren zu Weihnachten? Ich kann auch fragen: Was bedeutet Weihnachten uns eigentlich? Ist Weihnachten nicht nur noch ein von Geschenken überquellender

Gabentisch? Und wenn es hochkommt eine anheimelnde Christvesper in einer festlich erleuchteten Kirche als Dreingabe? Wer denkt wirklich an ein armes Kind in einem Stall, das bald auf der Flucht sein muss und trotzdem voller Verheißung ist?

Für Martin Luther jedenfalls war Weihnachten von Grund auf wichtig. Er wusste, warum. Darum auch schrieb er dieses wunderbare Weihnachtslied: „Vom Himmel hoch, da komm ich her und bring euch gute neue Mär...“ und

machte darin deutlich, was der wahre Inhalt dieses Festes ist.

Vor etlichen Jahren erzählte mir ein Pfarrer aus der Altmark dazu die folgende Begebenheit: Es war am Heiligabend des Jahres 1989. Er hatte die Christvesper in einer altmär-



Magdeburger Dom Thomas Begrich

kischen Kreisstadt. Gerade nachdem das erste Weihnachtslied verklungen war, eben dieses wunderbare froh stimmende „Vom Himmel hoch...“, da hätte die Kirchentür noch einmal vernehmlich geknarrt. Natürlich wandten die Leute die Köpfe. Fast alle kannten die Hereinge-

Weih – Nachten

kommenen: den als ziemlich kirchenfeindlich bekannten Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung, der bis vor Kurzem noch der mächtigste Mann der Region gewesen war. Etwas unsicher stand er dann mit seiner Familie ganz hinten unter der Orgelempore, denn es war kein Sitzplatz mehr frei. Der Pfarrer sagte weiter: „Da war die Christvesper gelaufen! Alle drehten sich immer wieder nach ihm um, statt nach vorn zu sehen...“ Aber das Schlimmste war dann später für ihn: Bei der nächsten Sitzung des Gemeindegemeinderates hätten einige von den bislang wirklich treuen und engagierten Ältesten zu ihm gesagt: „Wissen Sie, Herr Pastor, wenn der jetzt kommt, kommen wir nicht mehr...“ Da wäre er doch etwas ratlos gewesen: „Ist denn die Weihnachtsbotschaft nicht für alle Menschen bestimmt? Wer will schon beurteilen, aus welchen Motiven jemand in den Weihnachtsgottesdienst kommt? Das kann doch nur einer...“

So ist es wohl. Das Weihnachtsfest ist für alle da. Was aber feiern wir heute zu Weihnachten? Das Fest der Familie? Ein Fest des Friedens, wie es in der DDR hieß? Oder nur „Happy seasons“ (Glückliche Jahrestage) wie es neuerdings scheinbar politisch korrekt in den USA gebräuchlich wird und auch hier auf den Grußkarten mancher Banken und Unternehmen Einzug hält. Nur ja nicht anstößig sein! Nur ja nicht religiös. Und das Merry Christmas, das man allenthalben in den Schaufenstern liest, ist meist auch nicht ernst gemeint. Selbst die neue Beleuchtung in Magdeburg orientiert sich lieber an Otto von Guericke als an adventlichen Symbolen. Überhaupt: Advent? Wer sagt den noch sowas?? „Vorweihnachtszeit“ sagen wir heute. Und dann kommen die Pummelchen, die Engelchen mit niedlichen

Flügeln und dickliche rote Weihnachtsmännlein. Und am Heiligabend Gänsebraten mit frischen Erdbeeren zum Nachtisch. Ist es wirklich das, was von diesem Fest geblieben ist?



Thomas Begrich

Gewiss, man darf das alles tun. „Wer die Menschen liebt, liebt auch ihre Freude“, sagte der jüdische Philosoph Martin Buber recht nachsichtig. Aber man soll auch das nicht vergessen: Weihnachten ist für Christen das Fest der Geburt des Herrn. Darum heißt es im Englischen „Christmas“: Christmette. Und Martin Luther war es deshalb so wichtig, weil es doch mehr bedeutet als irgendeine Geburtstagsfeier: Weil Gott in tiefster Nacht erschienen, darf unsre Nacht nicht traurig sein. Gott wendet sich uns zu. Endgültig. Auch einem Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung. Auch und gerade, weil es diese Sekretäre nun gar nicht mehr gibt... Wir haben alle Grund zur Freude und zur Dankbarkeit. Das Wunder der Weihnacht wiederholt sich immer wieder! Das zieht sich durch all unsere Weihnachtslieder, das sollen wir weitersagen – und das prägt denn auch den Charakter unseres Festes – für alle, ob man nun gläubig ist oder nicht. Es ist genau das: Ein friedliches Fest für alle Menschen.

Aber es zeigt uns auch einen Weg, den des Kindes in der Krippe. Und dieses Kind hat ein Ziel: Wir sind es.

Thomas Begrich

Oberkirchenrat Thomas Begrich, geboren 1950, leitete die Finanzabteilung der EKD. Er stammt aus einer alten Pastorenfamilie in Mitteldeutschland und war von 1990 bis 2003 Finanzdezernent der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg und maßgeblich an kirchlichen Strukturreformen beteiligt.

Wechsel im Bischofsamt

Fröhlich geglaubt! – Zur Einführung des neuen Landesbischofs der Evangelischen Landeskirche in Mitteldeutschland, Pfarrer Friedrich Kramer, am 7. September 2019 im Dom Sankt Mauritius und Sankt Katharina zu Magdeburg

Prächtig und erhaben steht er da, der Magdeburger Dom, Glaubenszeugnis und Wahrzeichen zugleich. Vieles hat er gesehen, und viele Menschen haben ihn schon betreten und bestaunt, im Gebet und als Touristen und manchmal auch als beides gleichzeitig. Auch Bischöfe hat er seit über eintausend Jahren kommen und gehen sehen. Mächtige und schwache, bedeutende und vergessene, Politiker und Theologen, Persönlichkeiten und auch das Gegenteil, Katholiken und Protestanten, Männer und Frauen, unterschiedliche Menschen, wie die Kirche selbst über die Jahrhunderte von unterschiedlichsten Menschen getragen, geprägt und geleitet wurde. Am 7. September 2019 war es wieder so weit. Was sonst nur einmal im Jahr in der tiefen Osternacht geschieht, wenn die Domgemeinde durch das große Westportal in den dunklen Dom zur beginnenden Auferstehungsfeier einzieht, konnte nun tagsüber bestaunt werden: durch Küsterhände öffneten sich um 11 Uhr die Torflügel, und der Zug aus Domgemeindekirchenrat, Landeskirchenrat und Synodalen, aus Superintendentinnen und Superintendenten und Präsidien, ökumenischen Gästen aus aller Welt, Bischöfinnen, Bischöfen und Präsidenten, Assistenten und Leitenden Geistlichen zog durch die große Pforte in den Hohen Dom ein, in der sich eine fast tausendköpfige Gemeinde jeden Alters versammelt hatte, Magdeburger und Gäste, viele Vertreterinnen und Vertreter aus Gesellschaft, Kirche und Politik, an der Spitze die Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaats Thüringen, Dr. Rainer Haseloff und Bodo Ramelow, sowie Landtagsabgeordnete und Landesregierungsmitglieder, dazu neben anderen auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm ebenso wie die römisch-katholischen Diözesanbischöfe von Magdeburg und Erfurt, Prof. Dr. Gerhard Feige und Dr. Ulrich Neymeyr. Den langen Einzug beschloss der einführende Geistliche Ralf Meister, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, Christian Schad, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz, dazu Marianne Christiansen, Bischöfin im Bistum Haderslev der Dänischen Volkskirche, und eben Pfarrer Friedrich Kramer, der neu einzuführende Landesbischof und - darauf wird in Magdeburg sehr großer Wert gelegt - neuer Erster Domprediger am Magdeburger Dom.

Der Gottesdienst, der folgte, war festlich und fröhlich, ausführlich und doch nicht unangemessen lang, mit klassischer und moderner Musik ausgestaltet durch Orgelklang, Chor, Choräle und Band. Eine solche Buntheit hatte sich der neue Bischof gewünscht. Und auch der Dom spielte mit und zeigte sich lichtdurchflutet von seiner besten Seite. Ein gelungener und froh-bewegender Auftakt zu einer neuen Amts-

zeit im bischöflichen Dienst. Für mich war es die vierte Bischofseinführung, die ich in Magdeburg persönlich erleben durfte, die dritte im Magdeburger Dom. Der neue Bischof ist der fünfte, den ich von der Domkanzel predigen höre, nach dem seinerzeitigen Altbischof Dr. Werner Krusche auch Bischof Dr. Christoph Demke, Bischof Prof. Axel Noack und Landesbischöfin Ilse Junkermann. Und doch sind es nur knapp dreißig Jahre in einer über tausendjährigen Domgeschichte. Wie sagt es der gegenwärtige Domprediger Jörg Uhle-Wettler gerne: „Es ist kein Zufall, dass wir gerade jetzt leben!“

Nun also Friedrich Kramer, Jahrgang 1964, in Greifswald geboren, zehn Jahre lang Studentenpfarrer in Halle/Saale, zehn Jahre Direktor der Evangelischen Akademie Wittenberg, verheiratet, zwei Töchter, sehr musikalisch, sehr fröhlich vom Auftreten her und sehr den Menschen zugewandt: eine neue, offene Persönlichkeit im Bischofsamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Nach der eigentlichen Einführung samt Segensworten von neun Assistentinnen und Assistenten dann seine erste Predigt von der Domkanzel. Man erlebte einen predigtgewohnten Geistlichen und spürte ebenso ein wenig Aufregung über das Neue. Gut so, das wirkte sehr gewinnend und positiv. Nach dem Beginne mit der Feststellung: „Diese Aufgabe ist viel zu groß.“ folgte nach und nach eine Analyse über die geistlichen Aufgaben, die uns als Gemeinde Gottes bevorstehen, und wie wir sie angehen können. Was heißt heutzutage der Auftrag von Jesus Christus an uns: Macht Kranke gesund, weckt Tote auf, macht Aussätzig rein, treibt Dämonen aus.“ Der Bischof blieb kirchlich und flocht doch auch tagespolitische Bezüge ein, um auf der vorwärtsdrängenden Note zu enden: „Die Aufgabe ist groß, zu groß für mich, für mich und für uns – für Christus aber nicht. Er schickt uns und hat uns die Macht gegeben, große Dinge zum Lobe Gottes zu tun. Niemand lasse also den Glauben daran fahren, dass Gott mit ihm eine große Tat vollbringt. Nun also, kräftig geglaubt und frisch ans Werk!“ Mit Friedrich Kramer hat die mitteldeutsche Kirche einen Bischof, der sich auch politisch äußern wird und Position aus seiner Warte aktiv beziehen wird, der aber, so denke ich, bewusst auch sein Amt als Landesbischof nutzen wird, um die Kirche innerlich wie äußerlich zusammenzuhalten. Als Domgemeindekirchenratsvorsitzender und Magdeburger Synodenspräses freue ich mich auf jeden Fall auf die Zusammenarbeit mit unserm neuen Landesbischof Friedrich Kramer.

Die Einführung endete passend mit einem langen Zusammensein bei Essen, Trinken, Musik und Gespräch im Kreuzgang und Domgarten des Magdeburger Domes. Und der Dom, der sah es sich wieder einmal an, und ich denke, auch der Dom hat sich wieder einmal gefreut – und auch Gott selbst, der hinter allem wirkt und fügt und uns trägt!

Stephen Gerhard Stehli
Mitglied im EAK-Landesvorstand
Sachsen-Anhalt

Juden und Christen – eine Betrachtung

Es ist eine Schande! Ob nun Beleidigungen gegen und tätliche Angriffe auf Kippa-tragende Menschen, antijüdische Schmierereien mit Davidstern und Hakenkreuz oder der terroristische Angriff auf die Synagoge in Halle/Saale, der vor wenigen Wochen zwei Menschen das Leben kostete: unsere Nachrichtenwelt ist voll von Meldungen über Judentum und jüdische Menschen, und diese Meldungen sind oft aufwühlend, empörend oder verletzend, in so vielen Fällen damit natürlich negativ konnotiert. Manche Berichterstattung über den Staat Israel, der Heimstatt Millionen jüdischer Menschen, tut ein Übriges. Erschreckt stellen wir fest, dass Antijudaismus, Antisemitismus und Antizionismus, häufig unselig miteinander verbunden, weder überwundene Geschichte noch bedauerliche Randerscheinungen sind, sondern reale Gegenwart, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Diese Notwendigkeit mit ihrer Aktualität stellt natürlich nicht selten aus verständlichen Gründen die Jahrtausende alte Verbindungen, die zwischen Christen und Juden, zwischen Christentum und Judentum bestehen. Mit diesen wenigen Abschnitten sollen ein paar grundlegende Punkte angesprochen werden, die zur weiteren Beschäftigung anregen wollen und sollen.

Unser christlicher Glaube, ob evangelisch oder katholisch, orthodox oder freikirchlich, ist aus dem Judentum heraus entstanden. Das ist ein Faktum der Geschichte. Das Judentum ist ein Offenbarungsglaube, in welchem Gott mit seinem Volk unmittelbare Verbindungen eingeht. Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, und auch Saras, Rebekkas, Leas und Rachels, der Patriarchen und Matriarchen des Glaubens, schließt einen bleibenden Bund mit dem von Mose geführten Volk am Sinai und verheißt Kanaan als das Gelobte Land, das sich im Kern auf das Gebiet zwischen Jordan und Meer bezieht. Jerusalem gewinnt unter den Königen David und Salomo den örtlichen zentralen Rang als Heimat des Tempels, der politischen wie der religiösen Autorität. Das Volk lebte (und lebt!) religiös in der Erwartung eines von Gott versprochenen Retters, der Messias. Allein diese vielen Namen und Begriffe, die uns aus dem Gottesdienst und der Beschäftigung mit unserm eigenen Christentum vertraut sind, machen deutlich, wie eng wir miteinander verbunden, ja verwoben sind. Juden und Christen glauben an denselben Gott, der eine Gott, der Schöpfer des Himmels und der Erde. Jesus von Nazareth, seine Familie, die Jünger, seine Anhängerinnen und Anhänger waren alles Juden und lebten nach jüdischer religiöser Vorstellung und Struktur. Wenn im Wirken Jesu der Glaube von jemandem außerhalb des Judentums übernommen wird, so wird das als etwas Besonderes und Außergewöhnliches klar und deutlich herausgestrichen. Die Zusammenstellung heiliger Schriften, die die Christen als das Alte Testament bezeichnen, sind der Tanach, die hebräische Bibel, deren erste fünf Bücher, die Bücher

Mose, die Tora, die „Weisung“, das „Gesetz“ bilden. Der Urgeschichte voller Symbole und Erzählungen von der Schöpfung zur Sintflut, die Entwicklung des Volkes Israel, die Propheten und weiteren heiligen Schriften sind gemeinsames Glaubenserbe und Glaubensleben für Juden wie Christen. Die neutestamentlichen Schriften, die dem Christentum eigen sind, sind untrennbar mit dem ersten, dem jüdischen Testament verbunden. In beiden Teilen offenbart sich nach christlichem Verständnis der eine Gott, während das Judentum zwar viele weiteren Schriften von hohem Rang kennt, das Neue Testament, wiewohl von jüdischen Menschen geschrieben, vom eigenen Anspruch her nicht übernehmen kann.

Denn hierin ist der entscheidende Unterschied gegeben zwischen Judentum und Christentum, neben allen anderen theologischen Fragen. Während die Christenheit in Jesus von Nazareth, den sie Jesus Christus, also den Gesalbten, Auserwählten, nennt, den verheißenen Retter aus dem Alten Testament, den Messias, sieht, erkennt und glaubt, erwartet das Judentum diesen Retter weiterhin noch und ebenso das mit diesem verbundene Friedensreich Gottes. Mit Jesus Christus reicht die Offenbarung Gottes und seine Zuwendung über das bisherige, besser: seinerzeitige Judentum hinaus und gilt nunmehr allen Menschen. Diese umfassende Offenbarung ist im Alten Testament angelegt, wird aber insbesondere durch die neue Art der Glaubensverbreitung vor allem des jüdischen Paulus von Tarsus in die gesamte damalige (und heutige) Welt getragen. Sie tritt in dem christlichen Gottesglauben aus dem Judentum heraus.

Die Konkretisierungen des christlichen Glaubens in der Gottessohnschaft Jesu und in der Vorstellung des dreieinigen Gottes (ein Gott in drei Personen, die untrennbar wieder eins sind) trennen das Christentum und Judentum schon im ersten Jahrhundert immer mehr, im Endeffekt im jeweiligen Selbstverständnis zwangsläufig.

Das Christentum kommt indes trotz alledem ohne seine jüdischen Wurzeln nicht aus. Das macht sich bis heute in unseren christlichen Gottesdiensten unmittelbar bemerkbar. Jedes Halleluja und jedes Hosanna stammt aus dem jüdischen Gottesdienst, die Psalmen werden in den Synagogen wie in den Kirchen tagtäglich gebetet, das Dreimalheilig der Abendmahlsliturgie hören wir erstmalig beim Jesaja. Diese Liste der ganz und gar nicht lösbaren Verbindungen lässt sich sehr lange fortsetzen, und man macht im christlichen Gottesdienst immer wieder neue Entdeckungen von jüdischem Text und jüdischer Tradition. Das Doppelgebot der Liebe, Grundlage der Predigt Jesu, ist in den jüdischen Schriften angelegt. Selbst die letzten Worte Jesu am Kreuz sind Psalmabschnitte oder klingen in den Psalmen an. Wie denn auch nicht, sind doch die Psalmen die Gebete Jesu, die Klage-, Trost- und Hoffungsgebete des Judentums.

Juden und Christen – eine Betrachtung

Und doch: das Christentum ist nicht ein nur „weiterentwickeltes“ Judentum, sondern ein eigenständiger Weg der Gotteserkenntnis und Gotteserfahrung. Das Judentum ist weder das „Eigentliche, Ursprüngliche“ oder gar ein „Christentum, dem etwas fehlt“, sondern ein eigener Zugang zur Erfahrung mit dem Ewigen, wie Gott häufig im Judentum bezeichnet wird. Beide Religionen sind nicht dieselben des ersten Jahrhunderts, sondern haben sich selbst umfassend weiterentwickelt, verändert, gespalten und verschiedenlich ausgeprägt, nicht zuletzt auch in der Auseinandersetzung untereinander, aneinander und miteinander. Augenfällig sind gerade im 21. Jahrhundert die Zahlen. Gerne sprechen wir von den großen monotheistischen Religionen, von den Glaubensgemeinschaften, die an einen Gott glauben, und zählen dazu Judentum, Christentum und Islam. Während knapp ein Drittel der Weltbevölkerung, also deutlich über zwei Milliarden Menschen, dem Christentum in allen seinen Ausprägungen anhängen (und ein Viertel dem Islam), machen die Juden auf der ganzen Welt nicht ganz 0,2% der Weltbevölkerung aus, fünfzehn Millionen bei sieben Milliarden. Das ist auch signifikant bei allen Betrachtungen zum tatsächlichen Antisemitismus und damit häufig verbundenen abstrusen Verschwörungstheorien. Das Christentum ist eine große Missionsreligion und hat sich neben der eigenen, inneren Weitergabe der Tradition immer offen werbend und aufnehmend verstanden, bereits seit dem Missionsbefehl und den paulinischen Missionsreisen durch die Welt des östlichen Mittelmeers. Das Judentum lebte und lebt aus Tradierung heraus. Konvertierung ist nicht unbekannt, wird indes auch nicht angestrebt. Noch heute ist jüdisch, wer von einer jüdischen Mutter abstammt. Dass darin die uralte Diskussion des über die Frage des Judentums als Religion, als Volk, als Nation, (oder gar als Ethnie mit allen damit verbundenen Misstönen) anklingt, ist dabei mehr als deutlich. Der Platz reicht hier zur vertiefenden Betrachtung nicht aus. Jüdische Menschen haben dieses Spannungsfeld in ihren Heimatländern immer wieder gespürt, und das auch schmerzhaft.

Judentum und Christentum haben sich, wie beschrieben, stets weiterentwickelt, und es gibt in beiden Religionen viele Aufteilungen, Spaltungen und Verständnisunterschiede, die ganz elementar sein konnten und können, was auch den innerchristlichen und innerjüdischen Umgang prägte und manchmal auch prägt. Abgesehen von seinen eigenen internen, gewaltsamen Auseinandersetzungen hat es indes stets, seit der frühen, klaren Abgrenzung zwischen Christentum und Judentum, auch Gewalt zwischen den Religionen gegeben, und, das muss festgehalten werden, sehr schnell, sehr früh und zu Lasten des Judentums. Trotz oder gerade wegen des gemeinsamen Herkommens konnten von vielen Christen die Nichtannahme von Jesus Christus als Messias durch die Juden nicht geduldet werden. Wir Evangelischen müssen nur bei Dr. Martin Luther nachlesen. Man entwickelte in völligem Missverstehen von Paulus und dem Römerbrief die Theologie, dass Gott seine Gnade vom Judentum

weggenommen und der Kirche als dem „neuen Israel“ mit allen Verheißungen übertragen habe. Manchen Teilen des Christentums ist das leider bis heute nicht völlig fremd. Das trennte die Juden nicht nur endgültig von der Mehrheitsgesellschaft, es machte sie in den Augen der Christen zu von Gott Verstoßenen, ewig wandernden, selbstverschuldet heimatlosen Menschen. Die Judenvernichtung des Nationalsozialismus, der Holocaust oder, vielleicht besser, die Shoah, sind nur der schreckliche Höhepunkt einer schon früher angelegten Entwicklung, der die Heiligen Schriften des Judentums übernahm, den jüdischen Menschen aber keinen Platz mehr in der Welt (und darüber hinaus) zubilligen wollte.

Heute wird im Verhältnis zwischen Christen und Juden die Feststellung der bleibenden Gültigkeit von Gottes Verheißungen, das feste Bestehen von Gottes Treue, neu gesehen. Das macht die eigene Erkenntnis des christlichen Glaubens und seiner Wahrheit nicht weniger wahr, lässt aber Raum für die – auch im Neuen Testament bekundete – Treue des einen Gottes auch zu seinem Volk Israel im Glauben. Dass hier neue Fragen zu Umfang und Ziel von Mission und dem Anspruch des Weges zu Gott in Jesus Christus entstanden und entstehen, ist damit ebenso von vornherein klar, kann und muss aber auch ausgehalten werden und darf darin Gegenstand einer steten Reflexion des Umgangs mit dem Judentum sein. Gott selbst hat sich ja das Einhalten seines selbst geschlossenen Bundes vorbehalten. Da können wir Menschen getrost unsern eigenen Weg in eigener Verantwortung weitergehen, ohne uns aufschwingen oder überheben zu müssen. Gerade als evangelische Christinnen und Christen dürfen wir darauf vertrauen und hoffen, dass Gott selbst die Erfüllung seiner Verheißungen beherrscht. Zu oft haben sich Menschen an seine Stelle setzen wollen, was noch am allerdeutlichsten in den Katastrophen des 20. Jahrhunderts abzulesen ist. Respekt und Verantwortung erwachsen daraus, und ein, so darf gehofft werden, positiver, zugewandter und reflektierter Blick auf das Judentum in der Welt, in Israel und auch in Deutschland.

Auch unser heutiges Leben in den christlichen Kirchen, in der christlichen Gemeinschaft und in den christlichen Gemeinden entgeht seiner jüdischen Urherkunft nicht, warum denn auch! Wenn das Judentum Pessach (Befreiung von der Sklaverei in Ägypten), Schavuot (Bundesschluss am Sinai) und Chanukka (die nicht verlöschenden Lichter im Jerusalemer Tempel) feiert, begeht das Christentum Ostern (Befreiung von Tod durch die Erfahrung der Auferstehung), Pfingsten (Gabe des Geistes Gottes) und Weihnachten (das Licht, das die Dunkelheit erhellt). Wie sollte das, nur an diesen wenigen Beispielen beleuchtet, voneinander deutlich und scharf getrennt werden? Und im Endeffekt darf auch gefragt werden: warum? Es ist an uns, unseren Weg zu und mit Gott in Christus Jesus zu gehen. Gott wird dann das Seine, auch mit Blick auf andere Menschen anderen Glaubens, ähnlichen Glaubens, seines

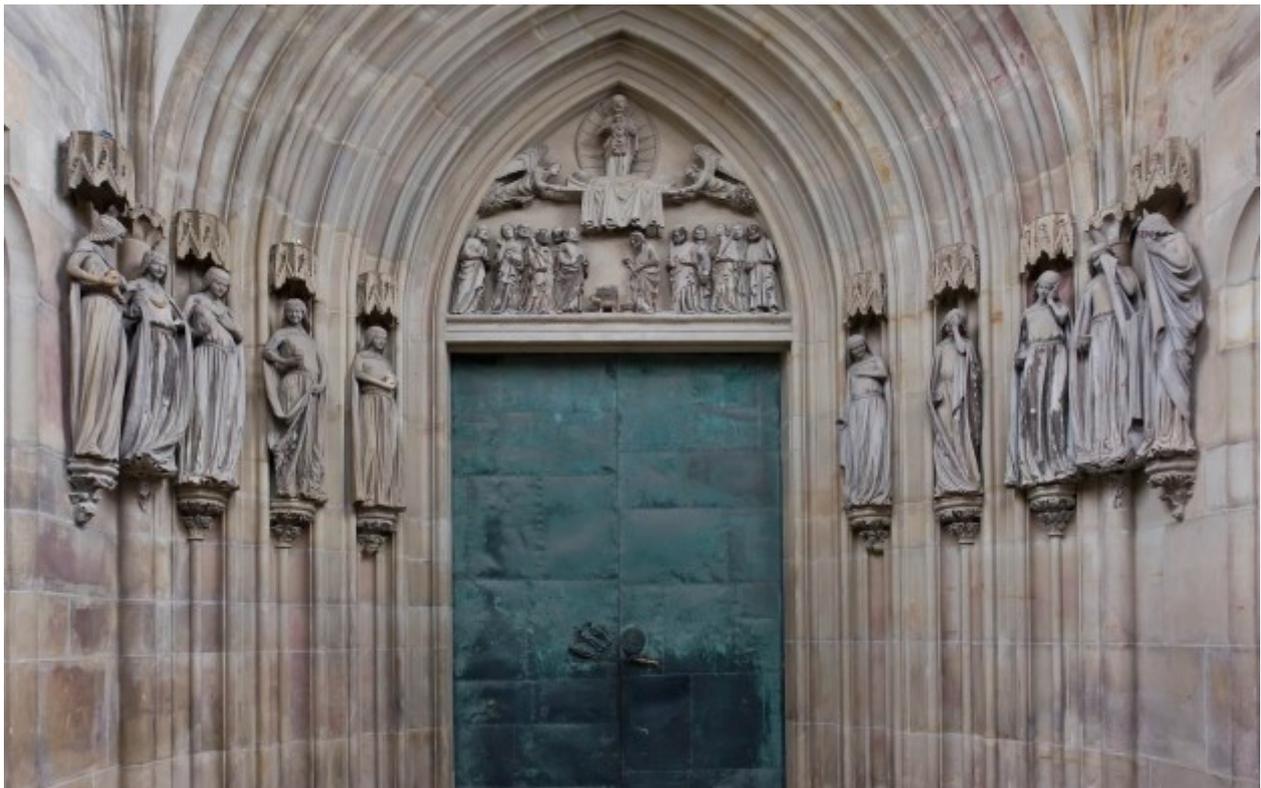
Juden und Christen – eine Betrachtung

Volkes schon dazutun.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Christentum und Judentum können, weit über tragisches Tagesgeschehen hinaus, Bibliotheken nicht nur geschrieben werden, sie sind es schon. Und neues kommt immer wieder dazu! Uns obliegt ein respektvoller und zugewandter Umgang mit den aus glasklaren Gründen so kleinen jüdischen Gemeinden in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt. Sie sind durch die Einwanderung aus Osteuropa mit eigener Prägung versehen. Sie bedürfen unserer Solidarität, unseres Engage-

ments, ob unmittelbar oder mittelbar, auch unseres Aufstehens gegen das Schändliche, was wir im Antisemitismus erleben, und, das sei zum Schluss unterstrichen, auch unseres eigenen, klaren Gebets zu Gott, dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, der für uns Christen im Juden Jesus von Nazareth immer wieder neu offenbart ist. Das steht uns als christliche Demokraten auch gut an!

Stephen Gerhard Stehli
Mitglied im EAK-Landesvorstand Sachsen-Anhalt



Magdeburg. Dom, kluge und törichte Jungfrauen am Nordportal des Querhauses in Paradiesvorhalle (um 1250)
CC-BY www.guelcker.de Alle Bilder der Bildergalerien und alle Texte zur Gemäldegalerie unterliegen der

Lizenz  [Creative Commons Namensnennung 3.0 Unported](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/)

Anpassung statt Abschaffung Überlegungen zur Weiterentwicklung des religionspolitischen Ordnungsmodells in Deutschland

Das über lange Zeit etablierte religionspolitische Ordnungsmodell gerät zunehmend unter Druck. Der Ruf nach einer Abschaffung oder grundsätzlichen Reform dieses Modells geht jedoch an den aktuellen Notwendigkeiten vorbei. Wie kann das religionspolitische Ordnungsmodell in Deutschland weiterentwickelt werden?

Drei Megatrends prägen die Diskussion über das Verhältnis von Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften zum deutschen Staat: Säkularisierung, Pluralisierung und Individualisierung. Angesichts zunehmender Abkehr vom Glauben, dem Auftreten neuer Religionen und dem verbreiteten Rückzug in die individuelle Spiritualität gerät das etablierte

Anpassung statt Abschaffung Überlegungen zur Weiterentwicklung des religionspolitischen Ordnungsmodells in Deutschland

religionspolitische Ordnungsmodell in Deutschland zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Der Ruf nach einer Abschaffung oder grundsätzlichen Reform der bewährten Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften geht aber an den Notwendigkeiten vorbei. Tatsächlich bietet das Kooperationsmodell vielfältige Möglichkeiten, auf die sich wandelnde religiöse Wirklichkeit zu reagieren und weiterhin Religionsfreiheit in hohem Maße zu gewährleisten. Allerdings erscheinen hierzu einige Anpassungen und Ergänzungen sinnvoll. Diesbezügliche Überlegungen sollten in drei Richtungen vorangetrieben werden.

Instrumente flexibilisieren

Während die traditionelle Kirchenbindung schwindet, genießen gemeinwohlorientierte Angebote der Kirchen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege weiterhin hohen Zuspruch. Allerdings steigt im Sozial- und Gesundheitsbereich (Krankenhäuser, Seniorenheim, Jugendhilfe, Kindergärten), im Bildungssektor (Schulen in freier Trägerschaft, Religionsunterricht an staatlichen Schulen) sowie im Bereich der Bestattungsordnungen sowie bei der Anstalts- und Militärseelsorge der Regelungsbedarf. Besonders die aktuelle Diskussion über den Umgang mit dem kirchlichen Arbeitsrechts machen die Probleme der Kooperation deutlich.

Um diesem Regelungsbedarf Rechnung zu tragen und muslimische und jüdische Träger stärker in die gemeinwohlorientierte Arbeit einzubinden, ist eine Flexibilisierung der religionspolitischen Instrumente, je nach Sachbereich und Kooperationsmodus (Religionsunterricht, Anstalts- und Militärseelsorge, Körperschaften des öffentlichen Rechts, staatskirchenrechtliche Verträge bzw. Vereinbarungen sui generis) notwendig. Diese Flexibilisierung könnte durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen aber auch durch zusätzliche Verwaltungsvereinbarungen und Vertragsformen realisiert werden. Sinnvoll erscheinen informelle Formate, wie etwa der 2017 von Kirchenreferenten erstellte Leitfaden mit den Kriterien zur Verleihung des Körperschaftstatus.

Forschung und Beratung stärken

Die Kooperationen der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dem Staat betreffen unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche bei Bundes- oder Länderministerien. Um die jeweiligen Zuständigkeiten der staatlichen und religiösen Partner zu kennen, bedarf es mehr Wissen über Akteure, ihre Ziele und Reichweiten. Diese Aufgabe könnte eine unabhängige wissenschaftlich ausgerichtete Stelle lösen. Sie sollte die Kooperationsverhältnisse beobachten, Impulse setzen und Empfehlungen aussprechen. Dies umfasst eine Beobachtung der religiösen Landschaft in

Deutschland, einschließlich der fundamentalistisch ausgerichteten Gruppen. Zielgruppen einer solchen Forschungsstelle wären nicht nur Fachkreise sondern auch kommunale, zivilgesellschaftliche und politische Entscheidungsträger sowie die Medien und allgemeine Öffentlichkeit. Dies würde zu einer stärkeren Sichtbarkeit von Religionspolitik und ihrer Etablierung als eigenständiges Politikfeld beitragen. Formales Vorbild für eine solche Forschungsstelle, die von Bund und Ländern getragen werden sollte, könnte die Richterakademie, das „Forum Recht“ oder die Stiftung Wissenschaft und Politik sein.

Politische Koordinierung verbessern

Religionspolitische Fragen werden im politischen System Deutschlands an sehr unterschiedlichen Orten verhandelt. Nicht immer sind dabei Zuständigkeiten geklärt und Synergien gewährleistet. Die oben vorgeschlagene zentrale Forschungseinrichtung kann zu einer solchen Koordinierung, Klärung und Synergiebildung beitragen, aber sie muss politisch-institutionell ergänzt werden. Das Bundeskanzleramt und die Leitungen der Staatskanzleien sollten daher ein gemeinsames Gremium der religionspolitischen Koordinierung ins Leben rufen, das neue Trends und Herausforderungen aufgreift, Impulse und Ideen entwickelt und vernetzt und sachgerechte Lösungen aufzeigt. Eine solche Koordinierungsstelle wäre zugleich das institutionelle Gesicht der deutschen Religionspolitik.

Patricia Ehret
Koordinatorin für Religionspolitik mit Schwerpunkt christliche Kirchen
patricia.ehret@kas.de

+49 030 26 996 3784+49 030 26 996 3551

Diese Überlegungen beruhen auf Beiträgen und Diskussionen der Fachtagung „Islam Staat und Recht“, die vom 30. September bis 4. Oktober 2019 in Cadenabbia stattgefunden hat.

Aus kurzum Nr. 50 der Konrad-Adenauer Stiftung
November 2019

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Auf ein Neues ...Staatsleistungen an die Kirchen

Das Thema Staatsleistungen scheint nicht zur Ruhe zu kommen. Aller juristischen Klarheit zum Trotz!

Nachdem bereits zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode die AfD mit einem Antrag zur Beendigung der Staatsleistungen an die Kirchen aktiv geworden ist, hat nun auch die LINKE das Thema wieder aufgegriffen. Allerdings mit erkennbar anderem Zungenschlag.

Ihre historischen Wurzeln haben die Staatsleistungen ja in der Säkularisation kirchlichen Vermögens im Zusammenhang mit dem Reichsdeputationshauptschluss“ von 1803. In der Folge der umfangreichen Enteignung kirchlichen Vermögens zur Entschädigung der linksrheinischen Fürstentümer übernahmen die weltlichen Regenten die Verantwortung für die vormals aus diesem Vermögen bestrittenen Lasten für kirchliches Personal und den Unterhalt der Gebäude. Bereits damals war aber eine Ablösung der regelmäßigen Entschädigungszahlungen durch eine Einmalzahlung vorgesehen.

Mit Artikel 138 der Weimarer Reichsverfassung hat die Forderung nach einer Ablösung der laufenden Zahlungen durch eine Einmalzahlung Eingang in das spätere Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Die Zuständigkeit für die Grundsätze dieser Ablösung liegen demnach beim Reich (heute dem Bund), leistungs verpflichtet sind heute die Länder.

Der jüngste Antrag der LINKEN zielt nun darauf, unbeschadet der nach wie vor fehlenden Rahmengesetzgebung auf der Ebene des Bundes nach Wegen zu suchen, wie eine zwischen Staat und Kirchen einvernehmlich zu verhandelnde Regelung dennoch erreicht werden könne.

Bislang hat der politische Wille zu derartigen Regelungen immer gefehlt. Zu komplex erschien die Materie, zu groß die unter Umständen in Rede stehenden Beträge, als dass die (für Sachsen-Anhalt) ja erst Anfang der neunziger Jahre in vertraglich gefasste Form der Staat-Kirche-Beziehung in Frage gestellt werden müsste.

Denn über Kleinigkeiten wäre da in der Tat nicht zu reden: aktuell haben die Zahlungen des Landes an die Kirchen ein Volumen von 35 Mio. Euro, mit steigender Tendenz. Dem Grundsatz der Wertstabilität folgend erhöhen sich die staatlichen Leistungen in dem Maße, wie sich die Beamtenbesoldung des Landes verändert. Ein Umstand, der von manchen politisch Verantwortlichen als durchaus beschwerlich empfunden wird.

Wie erfolgreich der Vorstoß der LINKEN im Landtag tatsächlich sein wird, mag dahingestellt bleiben. Zunächst liegt er im zuständigen Ausschuss, und dort dürfte der Blick nicht nur auf der Materie selbst ruhen, sondern auch auf der noch vor uns liegenden Laufzeit der Legislatur.

Gleichwohl ist erkennbar, dass uns das Thema politisch weiter beschäftigen wird. Zum einen schwindet die Zahl derer, die mit profunder historischer Kenntnis Auskunft geben können (und wollen), was es auf sich hat mit den Staatsleistungen an und für sich, zum anderen wächst mit abnehmender Kirchlichkeit im Lande die Zahl derer, denen laufende Leistungen an

die Kirchen einfach nicht mehr plausibel sind.

Nun kann der Staat mit geltendem Recht und Verträgen nicht nach Kriterien von Plausibilität und gesellschaftlichem Wohlbefinden umgehen. Und er hat bislang trotz aller Beschwerden immer wieder deutlich gemacht, dass am rechtsstaatlichen Grundsatz der Vertragstreue nicht gerüttelt wird.

Gänzlich entziehen kann Politik sich dem Kriterium von Plausibilität aber auch wieder nicht.

Und so nimmt es nicht wunder, dass sowohl auf kirchlicher wie auch auf staatlicher Seite die Bereitschaft wächst, sich dem Thema Staatsleistungen mit aller gebotenen Vorsicht und Differenzierung zu nähern. Und das nach Möglichkeit so, wie es grundgesetzlich geboten ist: zunächst durch eine Rahmengesetzgebung des Bundes, der entsprechende landesrechtliche Regelungen dann folgen.

Einfach dürfte dieses Unterfangen nicht werden. Sowohl dem Bund, als auch den Ländern, und den Kirchen erst recht, ist durchaus bewusst, dass eine rechtliche Regelung, die allen Beteiligten gerecht werden soll, in hohem Maße komplex werden wird.

Gerade die Kirchen im Osten unseres Landes operieren mit Haushalten, die kaum Bewegungsspielräume zulassen. Und sie sind nach wie vor angewiesen auch auf Transferleistungen aus den westlichen Kirchen. Zugeständnisse jedweder Art schließen sich schon deswegen aus.

Aber auch den Ländern ist durchaus bewusst, dass Verhandlungen hier immer auch Folgewirkungen dort mit sich bringen.

Diese Komplexität macht es allen Beteiligten durchaus nicht leicht.

Nach allem, was man politisch auf den unterschiedlichen Ebenen hört, scheint es aber den Willen zu geben, fair und transparent miteinander umgehen zu wollen.

Der Vorstoß der LINKEN im Landtag unseres Landes mag vielleicht unangenehm für viele Beteiligte sein. Er markiert aber ein Thema, dem sich Politik und Kirchen auf Dauer nicht werden entziehen können.

Die Christlich Demokratische Union hat auch in unserem Land immer wieder deutlich gemacht, dass sie in den Kirchen einen wichtigen Partner bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens sieht. Und immer wieder hat sich diese Verantwortungsgemeinschaft bewährt im politischen Alltag. Diese Erfahrung gibt Anlass zur Zuversicht, dass auch sich verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen als gemeinsame Herausforderung begriffen und gestaltet werden können. Nicht nur im Blick auf die Staatsleistungen, aber auch im Blick auf sie.

Oberkirchenrat Albrecht Steinhäuser
Beauftragter der evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung für das Land Sachsen-Anhalt

Ist ein sofortiger Kohleausstieg bei gleichzeitigem Kernenergie-Verzicht ohne Alternative?

In der öffentlichen Wahrnehmung wird die heutige Klimaerwärmung fast ausschließlich den **anthropogenen Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen** angelastet, die durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas sowie Industrie und Verkehr entstehen. Es wird eine rasche **CO₂-Emissionssenkung** („**Dekarbonisierung**“) gefordert. Essentiell sei die Umstellung von fossilen auf **erneuerbare Energieträger, vornehmlich** Windkraft, Solarenergie und z. T. auch Bioenergie. Anderenfalls drohe eine **Klimakatastrophe** mit unübersehbaren Folgen für die Menschheit und die Ökosysteme (Details siehe bei 1). In jüngster Zeit ist daraus vornehmlich in Mittel- und Westeuropa ein **Öko- und Weltrettungspopulismus** entstanden, der inzwischen schon fast religiöse Züge trägt. Da wird ein Mädchen mit Aßperger- Syndrom von seinen Eltern, diversen Managern und Organisationen dazu missbraucht, Prozessionen (Fridays for Future) für die sofortige, drastische Umkehr (d. h. sofortigen Ausstieg aus der Kohle und anderen fossilen Energieträgern) zu veranstalten (Details vgl. 2). Nach dem Erweckungsvideo des Youtubers Rezo (18. 5. 2019) (3) müssen innerhalb von 9 Jahren die CO₂-Emissionen beendet sein, anderenfalls sei die 1,5-Grad-Grenze nicht einzuhalten mit der Folge einer irreversiblen und nicht mehr zu stoppenden Erderwärmung und Zukunftszerstörung. Daher

dürfe der schnelle Ausstieg als „einzige legitime Einstellung“ gelten. Nur so könne die Abwendung der Katastrophe gelingen: Opfer müssten gebracht werden, kein Preis sei dafür zu hoch. Andersdenkende werden als „Klimaleugner“ (sozusagen als Ketzer) diffamiert. Die Diskussion entfernt sich zunehmend von wissenschaftlich fundierten Fakten und verselbständigt sich ideologisch.

Bedauerlicherweise antworteten Politiker, Medien und Kirchen mehrheitlich nicht mit sachlichen Argumenten, sondern hofier(t)en Greta Thunberg und rücken sie z. T. sogar in die Nähe von Jesus oder den Propheten. Einerseits wurden geradezu abenteuerliche Forderungen (z. B. Ende des Verbrennungsmotors bis 2030 (Habeck), Verdopplung des CO₂-Preises (Baerbock) und (nach Friday for Future) Steuern von 180 €/t CO₂ (= 162 Md. Euro pro Jahr), sofortige Abschaltung von 25% der Kohlekraftwerke und von 100% bis 2030 sowie 100%ige Versorgung aus erneuerbaren Energieträgern bis 2035) erhoben.

Andererseits **reagierte** die Bundesregierung mit dem **Beschluss zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 zusätzlich zum bereits feststehenden Atomausstieg bis 2022** („Kohlekommission“ und „Eckpunkte zur

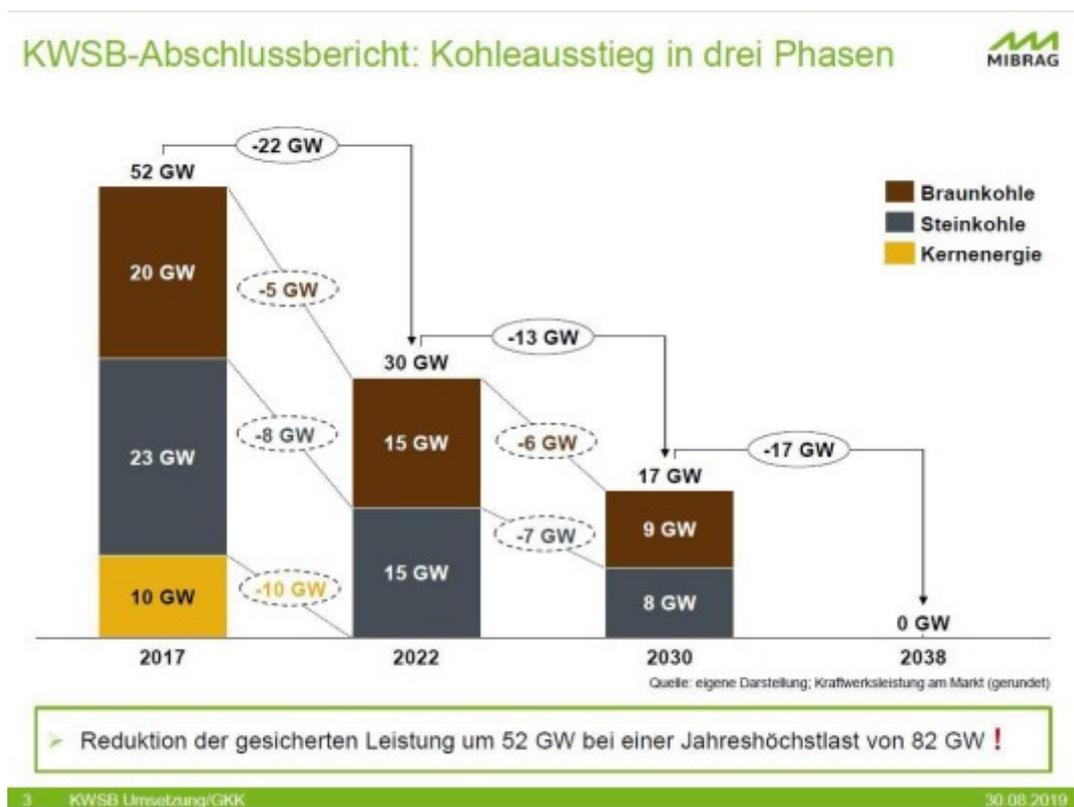


Abb. 1: Phasen des geplanten Kohleausstiegs bis 2038

Ist ein sofortiger Kohleausstieg bei gleichzeitigem Kernenergie-Verzicht ohne Alternative?

Klimapolitik“, vgl. hierzu **Abb. 1**) zumindest **übereilt**, denn es ist äußerst unsicher, ob dadurch a) überhaupt eine Klimawirkung erreicht wird, b) eine sichere Energieversorgung gewährleistet werden kann und c) in ca. 10 Jahren (wie Rezo (3) behauptet) tatsächlich eine irreversible Überhitzung zu erwarten ist, und zwar aus folgenden Gründen:

1. In der Wissenschaft bestehen beträchtliche Zweifel an der Dominanz des CO₂ beim Klimawandel (**1, 2, 4**).
2. Selbst wenn man die Klimawirksamkeit des CO₂ als real ansieht, wird ein nationaler Alleingang Deutschlands dessen atmosphärische Konzentration nicht senken. Das Pariser Klimaabkommen beinhaltet nämlich keineswegs eine Verringerung der globalen CO₂-Emissionen. Bis 2030 darf z. B. China jährlich 14 Md. t Mehremissionen ausstoßen, während EU, USA, Japan, Russland, Australien und Brasilien zusammen jährlich Emissionsminderungen von 4,4 Md. t erreichen sollen (vgl. auch **Abb. 2**) Das heißt, eine globale CO₂-Emissionserhöhung wird sanktioniert. Da die USA aussteigen, dürfte sich die globale Emission noch stärker erhöhen. Deutschland könnte maximal 200 bis 300 Millionen t/Jahr einsparen. Also ändern die angestrebten Bemühungen Deutschlands am weiteren globalen CO₂-Emissionsanstieg gar nichts. Bis 2030 bauen China mit 280 000 MW und Indien mit 174 000

MW die zehnfache Kohlekapazität auf. In 62 Ländern werden 1600 neue Kohlekraftwerke gebaut. (Quelle : Notifizierung zum Paris-Abkommen).

3. Voraussetzung für den gleichzeitigen Ausstieg aus Kohleverstromung und Kernenergie sind **sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige Alternativen**, was **derzeit nicht der Fall** ist. Die zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energieträger (Wind, Fotovoltaik) sind dazu ungeeignet, weil sie diskontinuierlich und nicht bedarfsgerecht liefern, eine geringe Energiedichte besitzen und Speichermöglichkeiten großer Strommengen vorläufig nicht zur Verfügung stehen. Es ist daher zu befürchten, dass die stabile Energieversorgung akut gefährdet wird und die Strompreise stark ansteigen. Energieintensive Unternehmen würden Deutschland verlassen. Die Versorgungslücken müssten durch Stromimporte (auch Atomstrom) und/oder Gasimporte ausgeglichen werden, was mit großen Belastungen/ Gefährdungen (enorme Kosten für neue Gaskraftwerke, politische Abhängigkeit von instabilen Ländern, weiterhin 50 – 100 Mio t CO₂ jährliche Emissionen, vgl. Vahrenholt 2019)) einhergeht. Das ist insgesamt nicht nachhaltig. Zudem gibt es derzeit zur Kompensation des Wegfalls der atomaren und fossilen Energieträger hinsichtlich des Erhalts der

Emissionsminderungen und Steigerungen durch das Paris-Abkommen

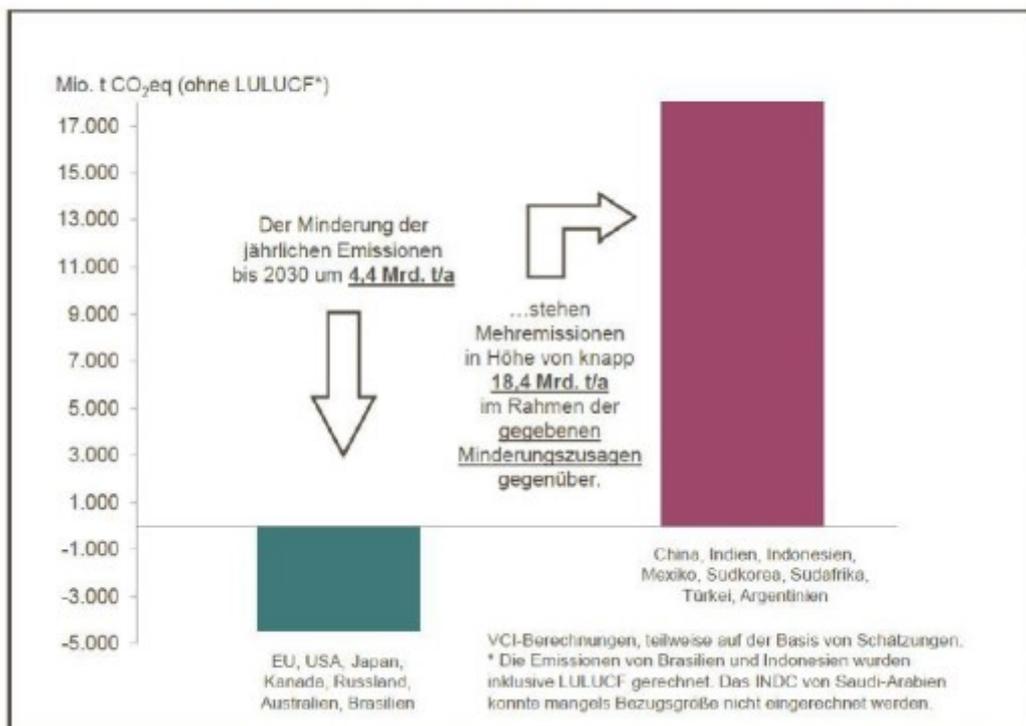


Abb. 2: Veränderungen der CO₂- Emissionen nach dem Pariser Abkommen (zit. aus Bennert et al. 2019 (5))

Ist ein sofortiger Kohleausstieg bei gleichzeitigem Kernenergie-Verzicht ohne Alternative?

Grundlast, Netzstabilität oder Schwarzstartfähigkeit keine realen Alternativen. Die erneuerbaren Energieträger Wind und Fotovoltaik sind dazu wegen ihrer Schwankungen und geringen Energiedichte (siehe weiter oben) nicht in der Lage, Netzabschaltungen oder gar ein Blackout werden dadurch wahrscheinlicher.

4. Nach Angaben von Marotzke (7), einem der Leitautoren des Weltklimarats, speichern die natürlichen CO₂ Senken weitaus mehr als gedacht. Das verbleibende CO₂-Budget für das 1,5 Grad-Ziel ist also viel größer, als man bisher glaubte. Außerdem gibt es im Gegensatz zur Behauptung des Rezo-Videos keine belastbaren Anhaltspunkte, dass bei (zeitweiliger) Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels ein Kippunkt erreicht wird, ab dem eine irreversible Erwärmungsspirale eintritt (7)

Vielmehr muss dringend und vorrangig in die Forschung und Entwicklung neuartiger Stromerzeugungs- und Speicherungssysteme investiert werden, um so die Voraussetzungen für einen sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu schaffen.

Fazit: Es lässt sich folgern, dass (selbst bei Annahme einer hohen CO₂-Klimawirksamkeit, die allerdings wissenschaftlich umstritten ist) der jetzt in Deutschland eingeschlagene Sonderweg des schnellen und gleichzeitigen Ausstiegs aus Kernenergie und Kohle die globalen CO₂-Emissionen nicht senken und das Klima nicht beeinflussen, wohl aber die Energieversorgungssicherheit und Industriestruktur des Landes zumindest gefährden wird (Die viel beschworene Vorbildwirkung Deutschlands dürfte unter diesen Umständen wohl ausbleiben). Der **rasche Kohleausstieg** ist auch **objektiv nicht erforderlich** und könnte **zeitlich gestreckt** werden, weil die Zeitspanne für die Erreichung des 1,5-Grad-Ziels viel größer ist als bisher gedacht (7).

Um nicht missverstanden zu werden: Langfristig ist der Ausstieg aus der Verbrennung (und Verstromung) von fossilen Energieträgern (also auch der Kohle) geboten, weil fossile Rohstoffe zukünftig für die stoffliche Verwertung dringend benötigt werden und ihre Vorräte endlich sind. Voraussetzung dafür sind die **Erforschung und Entwicklung neuartiger, praxistauglicher Stromerzeugungs- und speicherungssysteme** (z. B. Wasserstofftechnologie, Brennzellentechnik, Protonenfusion, Dual-Fluid-Reaktor etc.), die grundlast-, regelungs- und schwarzstartfähig sind. Nur so ist ein sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltiger Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu schaffen.

Die derzeit für den überhasteten Ausstieg vorgesehenen exorbitanten Finanzmittel sollten deshalb vorrangig für entsprechende Forschungen verwendet werden (z. B. in einem zu gründenden **Energiewissenschaftlichen Forschungs- und Technologiezentrum**), damit danach eine geordnete Energiewende organisiert werden kann.

Leider ist im öffentlichen Disput um die Klimaerwärmung, ihre Folgen bzw. die zu ergreifenden Maßnahmen ein vorurteilsfreier Dialog nur noch eingeschränkt

möglich. Der vorliegende Beitrag möchte zu einer faktenbezogenen Diskussion beitragen.

Quellen:

- (1) Merbach, W.: Rundbrief des EAK Sachsen-Anhalt 22(1), 2016, S. 9-13
- (2) Merbach, W.: Evangelische Verantwortung 7/8 (2019), S. 3-8
- (3) Rezo: Die Zerstörung der CDU. Video Youtube 18. 5. 2019
- (4) Dahm, K. P. et al.: Der heutige Klimawandel. Eine kritische Analyse des Modells von der menschlicher verursachten Klimaerwärmung. Verlag Dr. Köster Berlin 2015
- (5) Bennert, W. et al.: Kann der Mensch das Klima retten? 45 Fragen und Antworten zu Klimawandel und Energiewende. Kaleidoscriptum Erfurt 2019
- (6) Vahrenholt, F.: Energiewende --ein sich anbahnendes Desaster, Vortrag Trier Februar 2019
- (7) Marotzke, J.: Galgenfrist verlängert. Spiegel 6. 10. 2018

Prof. Dr. Wolfgang Merbach
Stellvertretender EAK-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt

Antrag der CDU Sachsen-Anhalts

Der 32. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Energie-wissenschaftliches Forschungs- und Technologiezentrum zu gründen. Dieses Zentrum soll folgende Aufgaben übernehmen:

1. Erforschung, Entwicklung und Praxisüberführung von neuartigen, CO₂-emissionsfreien, praxistauglichen, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Stromerzeugungssystemen (z.B. Protonenfusion, Wasserstofftechnologie, Brennzellentechnik, Dual-Fluid-Reaktor), die grundlast-, regelungs- und schwarzstartfähig sind sowie von Speichermöglichkeiten großer Strommengen.
2. Unterstützung der Ausbildung von Fachkräften und Wissenschaftlern für die Energiewissenschaft und den Strukturwandel in enger Kooperation mit geeigneten Hochschulen bzw. Universitäten, um insbesondere in den betroffenen Regionen den Strukturwandel zu begleiten.
3. Schaffung und Koordination eines Netzwerks bzw. Forschungsverbunds von Forschungsgruppen, -einrichtungen bzw. -projekten, die bereits auf Teilgebieten der Energieforschung und -technologie arbeiten. Eine Zersplitterung entsprechender Arbeiten ist zu vermeiden.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinanderstehen

Die Debatten laufen verrückt. Alles soll prioritär sein. Alles muss gerettet werden. Eine nüchterne, abwägende Betrachtungsweise wird als inkonsequent gebrandmarkt, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen will.

Zur Sachlage: Wir haben den zweiten, sehr heißen und trockenen Sommer hinter uns. War das nur Wetter oder war das ein deutliches Zeichen einer Klimaveränderung? Aus zwei Sommern kann man auf kein Klima schließen. Aber der IPCC und die Mehrzahl der Wissenschaftler gehen davon aus, dass sich die durchschnittliche Jahrestemperatur seit Beginn der Industrialisierung schon deutlich erhöht hat und weiter erhöht. Die Prognose ist quantitativ freilich unsicher, der Trend wird aber nur von Wenigen bestritten. Der IPCC trägt an der öffentlichen Unsicherheit selbst eine Mitschuld, weil er vor 20 Jahren das Hockeyschlägerdiagramm nicht sauber interpretiert hat. (Die gemessene Erderwärmung setzte sich nicht, wie prognostiziert fort. Der „Abwärtstrend“ des Hockeyschlägers wurde daraufhin schlicht unterschlagen.) Auch danach gab es immer wieder schlecht oder nicht abgesicherte Tendenzprognosen. Es bleibt aber so, dass weitgehend unbestritten ist, dass der Kohlendioxidausstoß eine Erwärmung der Erdatmosphäre bewirkt.

Eine zweite, bedenkliche Nachricht ist, dass der ökologische Fußabdruck, der „Erdüberlastungstag“, bereits auf den 1. August eines Jahres vorgerückt ist. Ab dem 1. August bräuchten wir eine zweite Erde. Denn bis zu diesem Tag hat die Menschheit alle nachhaltig nutzbaren Ressourcen für dieses Jahr aufgebraucht.

Wir können also nicht so weiterleben wie bisher, wenn wir unseren nachfolgenden Generationen noch ein lebenswertes Leben zugestehen wollen.

Doch wie kann ein Umsteuern gelingen?

Die gesellschaftliche Bereitschaft für ein solches Umsteuern ist ziemlich gering. Jeder „fummelt am Gürtel des anderen“. Die Menschheit muss Verzicht üben. Wir zählen zu den wohlhabenden Nationen. Es muss Opfer geben. Es muss Reparationen geben. Ich zähle wahrscheinlich zu denjenigen, die sich dieses auch werden

leisten können. Es gibt aber viele Menschen, die dieses nur schwer werden leisten können. Deshalb sind diese Reparationen politisch nur schwer zu verkaufen. Der Populist wird immer sagen, sie seien nicht nötig und nur der Einfall einer arroganten Oberschicht.

Unsere Gesellschaft ist gegen ein Umsteuern widerständig, weil sie spürt, dass die bisherigen Routinen und gesellschaftlichen Konfliktlösungsstrategien auf diese Frage noch keine befriedigende Antwort gegeben haben. Arrogant hat sich die Klimafrage von der sozialen Frage nachgerade abgekoppelt. Die Debatte über eine „sozial gerechte CO₂-Steuer“ ist dafür symptomatisch. Die Menschen haben noch in Erinnerung, dass Ihnen gesagt wurde, die Energiewende werde ihre Stromrechnung wie eine Tasse Kaffee im Monat belasten.

Was kann weiterhelfen?

Wir müssen anerkennen, dass die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel differenzierter sind, als sie oft dargestellt werden.

Wir müssen technische Lösungsversuche technologiefreundlich gestalten. (Für mich gehört dazu auch eine Option auf die Kernenergie.)

Wir müssen uns bewusst sein, dass unsere Gesellschaft kein Objekt ist, an dem man ungestraft sozial- und gesellschaftswissenschaftliche Experimente durchführen kann.

Dann wird hoffentlich eine Politik möglich sein, die den Menschen die Wahrheit sagt, ihnen diese auch menschenfreundlich sagt und ihnen damit Hoffnung und Perspektive gibt.

Dieser Artikel wurde angeregt durch ein Interview mit Jonathan Franzen in Die Welt vom 27.7.2019 und einem Artikel „Denkfaule Demokratieverächter“ in der Süddeutschen Zeitung vom 2.8.2019)

Jürgen Scharf
EAK-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt



Bilder Claudia Hartung, Blick vom Fuß des Münzenberges auf die dortige Marienkirche, heute von Häusern überbaut.



Der Westabschnitt der ehemaligen Kirche auf dem Münzenberg ist heute Teil des Museums und unter den Häusern zu besichtigen. Eine wunderbare Leistung des dortigen Fördervereins.

Der EAK auf den Spuren von Ottos Vater

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Magdeburg unternahm am 28. September unter der Leitung seines Kreisvorsitzenden Andreas Schumann eine Busexkursion an den Harzrand zur Ausstellung „Heinrich I. in Quedlinburg“.

Um 9 Uhr ging es auf dem Busparkplatz nahe der Kreisgeschäftsstelle in der Fürstenwallstraße los. Auch unseren EAK-Landesvorsitzenden Jürgen Scharf konnten wir unter den Teilnehmern begrüßen. In Quedlinburg angekommen, machten wir uns auf den kurzen Weg zum Stiftsberg. Die kleine, aber feine Ausstellung an diesem Zentralort der Ottonen war zweigeteilt. In der Stiftskirche St. Servatius mit der Confessio des Heiligen Servatius und dem Domschatz war in der ersten Abteilung "Am Anfang war das Grab" unter anderem die Grablege des ersten der fünf Ottonenherrscher zu besichtigen. Durch die umfangreichen Restaurierungsarbeiten seit der Deutschen Einheit hat die Kirche wieder viel von ihrer früheren Wirkung erhalten.

Im benachbarten Museum ging es dann in den historischen Teil der Ausstellung. In diesem Ausstellungsteil mit dem Titel „919 – plötzlich König. Heinrich I. in Quedlinburg“ wurde die Geschichte des Herrschers im Mittelalter beleuchtet, aber auch seine spätere Vereinnahmung im Dritten Reich kritisch hinterfragt. Mit Quedlinburg hatte sich Heinrich I. im 10. Jahrhundert einen eigenen Memorialort geschaffen, obwohl die Memoria der liudolfingischen (ottonischen) Familie zuvor in Gandersheim gepflegt worden war.

Nach einer angemessenen Stärkung ging es zur Besichtigung des Museums auf dem Münzenberg, Santa Maria in Monte. Für die Führungen stand uns während der gesamten Veranstaltung mit Herrn Sacher als Vorsitzendem des „Museumsvereins Klosterkirche auf dem Münzenberge e.V.“ sowie Gästeführer auf dem Stiftsberg eine sehr kundige und engagierte Kraft

zur Verfügung. Das Museum auf dem Münzenberg ist ein vorbildliches Beispiel für bürgerschaftliches Engagement. Professor Siegfried Behrens und seine Frau erwarben im Jahr 1994 eines der Häuser, in denen sich wesentliche Teile der Klosterkirche erhalten haben. Stück für Stück führten Sie durch weitere Ankäufe, Tausch und geduldige Verhandlungen die noch vorhandenen Bereiche der Kirche wieder zusammen, so dass nun die Westkrypta, die Ostkrypta, Teile des Mittel- und der Seitenschiffe, die Nonnenempore und die archäologisch gesicherten mittelalterlichen Begräbnisstätten vor dem südlichen Seitenschiff zu besichtigen sind. Die zu besichtigenden Kopfnischengräber weckten dann bei vielen Teilnehmern die Erinnerung an die Magdeburger Domgrabung in den Jahren 2006-2010, bei denen Claudia Hartung genau solche Gräber in unserem Domgarten nachweisen konnte.

Bezüge zu Magdeburg gab es natürlich auch an unserem dritten und letzten Ziel, der ebenso wie der Stiftsberg zum Welterbe gehörenden Kirche St. Wiperti mit ihrer ottonischen Krypta. Für Heinrich I. (919-936) und seinen Sohn Otto den Großen (936-973) war Quedlinburg der Ort, an dem sie am häufigsten das Osterfest feierten. Der ottonische Königshof ist sicher in wesentlichen Teilen im Umfeld von St. Wiperti zu lokalisieren. Hier werden auch Otto I. und Editha viele Festtage verbracht haben.

Gut gelaunt ging es zurück nach Magdeburg. Es ist sehr erfreulich, dass bei dieser zweiten Reise des EAK bei idealem Wetter bereits eine deutliche Zunahme der Teilnehmer gegenüber der Exkursion nach Memleben im Jahr 2018 festzustellen war. Ein herzlicher Dank geht an alle Teilnehmer sowie den Kreisverband, der die Reise auch in diesem Jahr großzügig förderte.

Rainer Kuhn



Die Teilnehmer der Exkursion des EAK Magdeburg auf der Terrasse neben dem Museum auf dem Münzenberg. Im Hintergrund der Stiftsberg.

Kirchenmitgliedschaft in Deutschland und in der EKM

PM 116 der EKM
Weniger Kirchenmitglieder, aber mehr Erwachsene lassen sich taufen

Neue Statistik der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

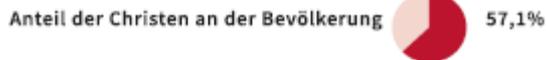
Im Jahr 2018 gehörten 691.669 Menschen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) an. Die Zahl der Kirchenmitglieder sank im Vergleich zum Vorjahr um 20.360, das sind rund 2,9 Prozent. Während im Vorjahr die Zahl der Kirchenglieder gleichzeitig zurückgegangen war, stieg sie nun wieder an: 6.102 waren es im Vorjahr gegenüber 5.631 im Jahr 2017. Gleichzeitig wurden 5.127 neue Mitglieder gezählt.

„Die aktuellen Zahlen geben mir einen Stich“, sagt Propst Christoph Hackbeil, Regionalbischof für den Propstsprenkel Stendal-Magdeburg. „Der erneute Rückgang ist zwar vor allem durch demographische Faktoren verursacht, aber auch Austritte spielen eine Rolle. Hinter jedem Austritt steht die Entscheidung eines Menschen, sich von der Gemeinschaft der Kirche zu trennen. Das schmerzt und sollte mit einem Gesprächsangebot, mit der Nachfrage nach Gründen verbunden sein“, so Hackbeil. Unter den vielen Zahlen der Statistik fallen ihm allerdings die seit 2016 angestiegenen Erwachsenentaufen auf. „Es sind fast 1000 Menschen jährlich, die in der EKM ein Ja zu einem Leben mit Jesus sagen. Das strahlt in ihre Umgebung aus, belebt auch kleiner gewordene Gemeinden und bestätigt den Kurs unserer Kirche, Schwellen abzubauen, neue Gemeindeformen zu

erproben und fantasievoll zum Glauben einzuladen. Im Nachdenken über die Zukunft der Kirche steht für mich der einzelne mündige Mensch im Mittelpunkt, der Kontakt zur Kirchengemeinde sucht und sich nach reiflichem Überlegen für ein Leben als Christ oder Christin bewusst entscheidet“, betont der Regionalbischof. Bei den Taufen insgesamt war 2018 ein leichter Rückgang zu verzeichnen: Während im Jahr 2017 insgesamt 5.424 Menschen getauft wurden, waren es im vergangenen Jahr 4.699. Die Zahl der Erwachsenentaufen ist 2016 spürbar angestiegen und seitdem etwa gleichbleibend hoch – 901 Menschen ab 14 Jahren ließen sich voriges Jahr taufen. Dazu gab es 547 Aufnahmen, drei mehr als 2018, so dass insgesamt 5.246 neue Mitglieder dazu kamen. Mitgliederzahlen in der EKM nach Ländern: In Thüringen sind es 426.277 Mitglieder (439.902 in 2017), in Sachsen-Anhalt 227.104 (233.587 in 2017), in Sachsen 20.627 (21.130 in 2017) und in Brandenburg 17.661 (18.255 in 2017).

Bei Rückfragen:
Susanne Sobko, 0162-2048755

Christen in Deutschland am 31.12.2017	
Bevölkerung insgesamt	82.792.000
Angehörige der Evangelischen Kirche in Deutschland	21.536.000
Angehörige der evangelischen Freikirchen in Deutschland	295.000
Angehörige der römisch-katholischen Kirche	23.311.000
Angehörige der orthodoxen Kirchen	1.539.000
Angehörige anderer christlicher Kirchen	67.000
Angehörige anderer christlicher Gemeinschaften	498.000
Christliche Kirchen insgesamt	47.246.000



	Kirchenmitglieder	Kirchengemeinden	Taufen ohne Erwachsenentaufen	Konfirmationen	Trauungen	Bestattungen	Austritte	Aufnahmen einschl. Erwachsenentaufen
	31.12.2017		im Jahr 2017					
Anhalt	32.611	143	181	150	47	677	137	83
Baden	1.156.407	486	9.127	9.597	2.524	13.332	10.533	1.660
Bayern	2.370.179	1.537	21.081	20.663	5.474	27.993	23.647	3.926
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz	962.569	1.257	5.564	5.175	1.087	11.600	12.408	2.190
Braunschweig	334.951	329	2.401	2.750	728	4.762	3.113	827
Bremen	193.099	64	1.102	1.191	249	2.319	2.651	602
Hannover	2.579.722	1.381	19.877	23.510	5.667	34.959	23.247	5.837
Hessen und Nassau	1.549.255	1.135	11.989	12.919	3.570	21.187	15.594	3.016
Kurhessen-Waldeck	812.273	754	5.979	7.096	1.743	11.519	5.282	1.075
Lippe	159.396	69	916	1.184	281	2.234	1.083	228
Mitteldeutschland	712.064	1.893	4.530	4.067	1.470	9.354	5.883	1.467
Nordkirche	2.027.751	992	13.574	16.427	3.823	21.598	25.695	6.314
Oldenburg	411.595	116	3.311	3.788	851	4.736	4.223	1.007
Pfalz	515.627	402	4.024	3.982	1.138	7.490	4.441	801
Reformierte Kirche	173.305	146	1.307	1.487	358	2.317	932	370
Rheinland	2.544.325	704	17.279	18.485	4.189	31.365	20.389	5.553
Sachsen	689.858	702	4.734	4.779	904	8.986	6.197	1.414
Schaumburg-Lippe	51.234	22	362	490	135	941	371	120
Westfalen	2.236.897	494	15.012	17.428	3.795	29.511	14.037	3.921
Württemberg	2.022.740	1.282	16.408	18.948	4.954	24.276	17.344	3.299
EKD insgesamt	21.535.858	13.908	158.758	174.116	42.987	271.156	197.207	43.710

Quelle: Kirchenamt der EKD - Referat Betriebswirtschaft, IT und Statistik

EAK-Studienreisen in das Heilige Land



Foto: Friedemann Schwarzmeier

Im Laufe der letzten Jahre erwuchs im Bundesvorstand zunächst der Wunsch, dann der Drang, sich ein eigenes Bild über die Lage in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten zu machen.

Ein weiterer Wunsch war es, nicht nur im kleinen Kreis des Bundesvorstandes solche Erfahrungen zu machen, wir hielten es vielmehr für wünschenswert, mit Mitgliedern und an unserer Arbeit Interessierten auf einer Wissens- und Erlebnisebene darüber ins Gespräch zu kommen.

Für die organisatorische Unterstützung und die rechtliche Durchführung der Reise haben wir mit dem Reisebüro Tour-mit-Schanz aus Wildberg einen zuverlässigen und entgegenkommenden Partner gefunden.

Die erste Reise im Februar 2019 hat bei den Reiseeteilnehmern ein überaus positives Echo gefunden, im November/Dezember 2019 wird wegen des großen Interesses eine zweite, programmgleiche Fahrt stattfinden und das Interesse besteht auch für weitere Reisen.

Daher wird eine dritte, programmgleiche Fahrt vom 21.02. – 01.03.2020 stattfinden sowie eine weitere, mit weiterführendem Programm konzipierte Reise vom 13.03. – 22.03.2020.

Die Ausschreibungen der Reisen können unter den folgenden Links abgerufen werden.

https://www.eak-sachsenanhalt.de/image/inhalte/file/Digital_Leporello_EAK_Februar_Israel.pdf

https://www.eak-sachsenanhalt.de/image/inhalte/file/Digital_Leporello_EAK_Maerz_Israel.pdf

Für Auskünfte zu den Reisen steht Ihnen das Mitglied im EAK-Bundesvorstand Friedemann Schwarzmeier über info@schwagae.de zur Verfügung.

Friedemann Schwarzmeier

PROGRAMMÜBERSICHT TAG PROGRAMM

- 1, Fr. Linienflug von Frankfurt nach Tel Aviv & Empfang durch unsere Reiseleitung *A*
- 2, Sa. Jerusalem: Ölberg & Altstadt *F/A*
- 3, So. Yad Vashem, Israel-Museum, Knesset & Mahane Yehuda Markt *F/A*
- 4, Mo. Ben-Gurion-Institut, Nationalpark Ein Avdat, Negev & Fahrt nach Eilat *F/A*
- 5, Di. Unterwasserobservatorium & freie Zeit *F/A*
- 6, Mi. Timna-Krater, Massada & Qumran *F/A*
- 7, Do. Baniyas, Golanhöhen & Golan Heights Winery mit Weinprobe & Abendessen *F/A*
- 8, Fr. Akko, Karmel, Haifa & Bahai *F/A*
- 9, Sa. Stadtrundfahrt in Tel Aviv & Abschlussrunde *F/A*
- 10, So. Rückflug von Tel Aviv nach Frankfurt *F*
F = Frühstück, A = Abendessen

BEGEGNUNGEN & BESONDERHEITEN TAG

- 2 Gespräch mit Bischof Azar
 - 3 Gespräch mit Arye Sharuz Shalimar
 - 6 Yatir Winery: koscherer Wein in der Negev-Wüste
 - 7 Weinprobe in der Golan Heights Winery
 - 9 **Je nach Möglichkeit** Gespräch mit Frau Dachs ?
Korrespondentin der Wochenzeitung ?Die Zeit?
- #### HOTELS ÜN ORT HOTEL
- 3 Jerusalem Hotel Cäsar* * * *
www.caesarpremier.com/
 - 2 Eilat Hotel Prima Music* * * *
www.german.prima-hotels-israel.com/
 - 2 Galiläa Country Lodging Kibbutz Ein Harod* * * *
[www.ein-harod.co.il/ en/](http://www.ein-harod.co.il/en/)
 - 2 Tel Aviv Hotel Metropolitan*
www.hotelmetropolitan.co.il/

Literaturtipp

Geschichten und Lieder zu Weihnachten

Thomas Begrich (Hrsg.)

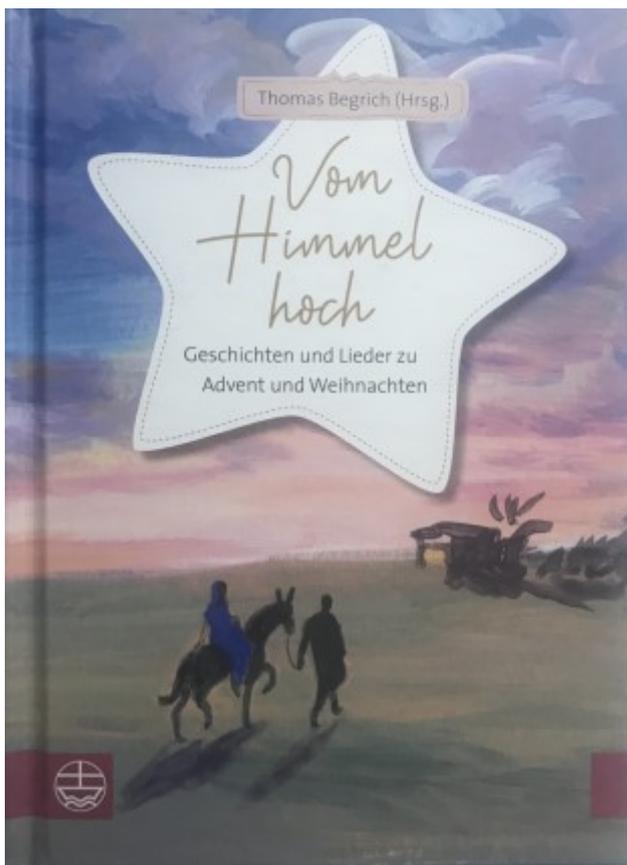
Vom Himmel hoch

Mit Illustrationen von Kristina Heldmann
Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2019

ISBN: 978-3-374-06099-3

Preis: 15 Euro, 211 Seiten

Für Jung und Alt



Alle Jahre wieder

Da gibt es -zig neue Bücher zur Weihnachtszeit - Warum dieses nun auch noch? Die Evangelische Verlagsanstalt hat sich entschieden, ihrerseits ein Buch mit adventlichen und weihnachtlichen Erzählungen herauszugeben, die dem christlichen Charakter des Weihnachtsfestes in besonderer Weise entsprechen. Für Christen ist Weihnachten das Fest der Geburt Jesu Christi, in dem Gott Mensch wurde. Die Geschichte Gottes mit seiner Schöpfung findet hier ihren Ausdruck als Liebesgeschichte. Darum sind Weihnachtsgeschichten in der Regel froh machend und versöhnlich. Dieses Buch vereint solche Geschichten – aber auch einige eher nachdenkliche Erzählungen.

Dabei bemüht es sich, bekannte und bedeutende deutsche Dichter und Autoren wie Bertolt Brecht, Heinrich Böll, Wolfgang Borchert, Hans Fallada oder auch Johann Wolfgang von Goethe aufzunehmen. Aber natürlich wird auch neueren Autoren, wie Zsusa Bánk oder dem kürzlich verstorbenen Zeppernicker Ludwig Schumann Raum gegeben. Daneben finden sich mit Uwe Kirst, Tanja Müller-Jonak, Gabriele Herbst oder Rainer Meusel weitere eher noch unbekannte Autoren. Auch der Herausgeber selbst hat einige Erzählungen beigesteuert. Die Geschichten sind für jung und alt gedacht und meistens zum Vorlesen gut geeignet. Einige Erzählungen, die sich um die Geburt Jesu Christi ranken, sind eher märchenhaft, andere wiederum nehmen humorvoll oder auch kritisch unsere Zeit auf. Liebgewordene Weihnachtslieder ergänzen den Band ebenso wie kurze Informationen über die Autorinnen und Autoren. Die wunderschönen Illustrationen von Kristina Heldmann lassen das Buch zudem gern in die Hand nehmen.

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte:

Thomas Begrich, Patricia Ehret, Rainer Kuhn, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Jürgen Scharf, Friedemann Schwarzmeier, Stephen Gerhard Stehli, OKR Albrecht Steinhäuser

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: Dezember 2019

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.